

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Pilz, Kogler, Freundinnen und Freunde

betreffend Stornierung des Eurofighter-Kaufs zur Umschichtung von Budgetmitteln in den Bildungsbereich

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage des Abgeordneten Gusenbauer an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur betreffend „Chaos in der Bildungspolitik“

Begründung

Schulen und Universitäten werden kaputtgespart

Die öffentlichen Bildungsausgaben sind in Österreich in den letzten Jahren im Verhältnis zu den Gesamtausgaben und gemessen am BIP kontinuierlich gesunken. Österreichs Bildungssystem ist dadurch im Vergleich zu den skandinavischen Ländern in eine Nachzüglerposition gerutscht. Bildungsministerin Gehrler scheint den Ernst der Lage nicht zu begreifen und setzt den Sparkurs unbeirrt fort.

150 Millionen jährlich für Nachhilfe

In Österreich geben Eltern jährlich beinahe 150 Millionen Euro für private Nachhilfe aus (Quelle AK). Nur ein umfassendes FörderlehrerInnensystem könnte diesem „Nachhilfeunwesen“ ein Ende setzen. Stattdessen werden aber Jahr für Jahr LehrerInnenposten abgebaut.

Drohende LehrerInnen-Massenarbeitslosigkeit

Seit Beginn der schwarz-blauen Koalition wurden etwa 5000 PflichtschullehrerInnen-Dienstposten eingespart. Verantwortlich dafür ist Elisabeth Gehrler, die es verabsäumt hat sich gegen Finanzminister Grassers Bildungssparkurs zu Wehr zu setzen. Sie setzt unbeirrt ihren Sparkurs fort. Anstatt die Jahre des SchülerInnenrückgangs für eine Qualitätsverbesserung im Schulsystem zu nutzen, baut Gehrler weiterhin fleißig LehrerInnenposten ab. Die Auswirkungen sind fatal. Bis zum Jahr 2010/2011 droht eine LehrerInnenmassenarbeitslosigkeit durch den Abbau von 12.500 Dienstposten.

Bedrohliche Anzahl von RisikoschülerInnen und wenige im Spitzenfeld

JedeR Fünfte, also 20 Prozent der 15jährigen SchülerInnen kann nicht sinnerfassend lesen (PISA 2003). Die Bildungsministerin hat bisher keine Bereitschaft gezeigt, dringend notwendige Maßnahmen zu setzen. Im Gegenteil: im Bildungsbudget sind keine zusätzlichen Mittel für ein effizientes Fördersystem vorgesehen. Bei den FörderlehrerInnen wird weiter gekürzt.

Österreich schneidet aber nicht nur bei sogenannten RisikoschülerInnen schlecht ab. Auch die Zahl der 15-jährigen, die bei der PISA-Studie die höchste Kompetenzstufe erreicht haben, ist wesentlich geringer als in den führenden Ländern. 8 Prozent in Österreich gegenüber 15 Prozent in Finnland sprechen eine deutliche Sprache. Auch hier macht sich die mangelnde individuelle Förderung von besonderen Begabungen negativ bemerkbar.

Überfüllte Klassen

Die KlassenschülerInnenzahlen in Österreich steigen massiv. Annähernd 10 Prozent der SchülerInnen sitzen in Klassen, die über die gesetzlich definierten KlassenschülerInnenhöchstzahl von 30 Personen liegen.

Unterrichtsstunden werden gekürzt

Seit schwarz-blau wurden etwa 120.000 Unterrichtsstunden gekürzt.

Ausgebildete LehrerInnen müssen Taxi fahren

Die Warteliste der ausgebildeten JunglehrerInnen die auf ein Job warten, wird immer länger: in OÖ warten 780 VS- Haupt- und SonderschullehrerInnen auf einen Job, in Tirol 550, im Burgenland 400, in Salzburg 300.

Mit dem neuen Hochschulgesetz wird die Situation zusätzlich verschärft. Bildungsministerin Gehrler beharrt auf der getrennten Ausbildung von Pflichtschul- und AHS-LehrerInnen. Diejenigen, die an den neuen Pädagogischen Hochschulen für Pflichtschulunterricht ausgebildet werden, werden aufgrund der rückgängigen SchülerInnenzahlen im Pflichtschulbereich vor verschlossenen Türen stehen.

Kleinschulen ringen um ihre Existenz

Jährlich müssen mehrere Kleinschulen geschlossen werden. Seit 2001 wurden alleine in Kärnten 35 Kleinschulen geschlossen. In diesem Schuljahr müssen im Burgenland 4 Kleinschulen schließen, OÖ muss in 3 Landgemeinden Kleinschulen schließen, in Vorarlberg werden 3 Kleinschulen geschlossen.

Massive Kürzungen bei IntegrationslehrerInnen

Seit schwarz-blau werden IntegrationslehrerInnen massiv eingespart. Bildungsministerin Gehrler akzeptiert widerstandslos das "Njet" von Finanzminister Grassler und ist nicht bereit die dringend erforderlichen, von den Landeshauptleuten geforderten zusätzlichen 700 IntegrationslehrerInnen bereit zu stellen. Die 300 Lehrposten, die sie zur Verfügung stellt, liegen weit unter dem Bedarf. Ein Sparen im Schul- und Integrationsbereich wird uns aufgrund langfristiger Probleme am Arbeitsmarkt später sehr teuer kommen. Die Verantwortung trägt hier alleine Bildungsministerin Gehrler.

Österreich fehlen Studierende und AkademikerInnen

Die Einführung von Studiengebühren hat einen Rückgang der Studierendenzahlen um 20 Prozent auf 194.776 Studierende bewirkt. Auch wenn in der Zwischenzeit die Anzahl der StudienanfängerInnen wieder auf das Niveau vor Einführung der Studiengebühren gestiegen ist, liegt die Gesamtzahl der Studierenden im Jahr 2005 mehr als 10 Prozent unter dem Niveau von 1999. Zur Zeit sind 211.000 Studierende an österreichischen Unis inskribiert. Österreich ist neben Frankreich das einzige Land, in dem es in dem für die OECD-Studie relevanten Erhebungsjahr weniger Studierende gab als 1995. Österreich hatte mit 241.576 Studierenden im Wintersemester 2000/01 bereits vor Einführung der Studiengebühren deutlich weniger Studierende als die meisten EU- und OECD-Staaten.

Faktum ist, dass nicht nur die Anzahl an Studierenden in Österreich, sondern auch die AkademikerInnenquote weit unter dem OECD-Schnitt liegt. In keinem dieser Bereiche hat sich Österreich innerhalb des für die OECD relevanten Untersuchungszeitraumes steigern können. Das ist eine bildungspolitische Katastrophe. Die AkademikerInnenquote in

Österreich ist mit 15 Prozent im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich; der OECD-Durchschnitt beträgt 24 Prozent. In den USA, Japan, Finnland, Schweden und Australien liegt die AkademikerInnenquote über 30 Prozent, in Kanada sogar bei 43 Prozent.

Studienplätze für ÖsterreicherInnen in Gefahr

Die Regierung hat Zugangsbeschränkungen an den österreichischen Universitäten eingeführt. Faktum ist, dass nicht nur die AkademikerInnenquote, sondern auch die Hochschulübertrittsquote, also die Zahl der Übertritte von MaturantInnen an die Unis, in Österreich weit unter dem europäischen Schnitt liegt. Dies mit Zugangsbeschränkungen zu beantworten ist kontraproduktiv. Österreich braucht mehr und nicht weniger Studierende, um den Anschluss an die europäische Spitze zu finden. Dazu bedarf es eines klaren politischen Bekenntnisses mit einem entsprechenden Universitäts-Budget.

Die OECD-Kennzahlen belegen, dass die Hochschulzugangquote, also die Übertrittsraten von MaturantInnen in den tertiären Bildungssektor, in Österreich geringer ist als in vergleichbaren Staaten. So hat Österreich eine Hochschulzugangquote von lediglich 35 Prozent, während im OECD-Ländermittel 53 Prozent eines Maturajahrganges an einer Universität oder FH studieren. In Island, Neuseeland, Schweden, Finnland und Polen sind es sogar über 70 Prozent. Kurz: In der OECD studiert jeder Zweite, in Österreich nur jeder Dritte.

2,3 Milliarden Euro für Eurofighter?

Da die budgetären Möglichkeiten beschränkt und zusätzliche Ausgaben dadurch nur bedingt möglich sind, müssen Prioritäten gesetzt werden. Zusätzliche Bildungsausgaben sollen auch durch Einsparungen in anderen Bereichen finanziert werden. Ein einzelnes Vorhaben ermöglicht dabei Umschichtungen in besonders hohem Ausmaß: die geplante und vertraglich vereinbarte Beschaffung von 18 Kampfflugzeugen der Firma „Eurofighter“.

Art. 18.2 aus Teil A des Eurofighter-Kaufvertrags lautet: „Das BMLV kann vom Vertrag jederzeit zur Gänze oder teilweise durch schriftliche Mitteilung zurücktreten.“ In diesem Fall hat das BMLV der Firma Eurofighter alle bereits erbrachten Leistungen zu bezahlen. Da durch die Unfähigkeit der Firma „Eurofighter“, die vertraglich vereinbarten Flugzeuge der Tranche 2 zum vereinbarten Zeitpunkt zu liefern, am 1. Juli 2007 Flugzeuge der Tranche 1, die für die Eurofighter-„Partnerstaaten“ (Deutschland, Großbritannien, Spanien, Italien) derzeit hergestellt werden, als Ersatz geliefert werden sollen, werden derzeit von Eurofighter keine Flugzeuge für das BMLV produziert. Eine Kündigung des Vertrags seitens des BMLV bedeutet daher nur, dass die in Herstellung befindlichen Flugzeuge direkt an die vier Bestellerstaaten geliefert werden können. Da für den Fall des Rücktritts vom Vertrag von der Firma Eurofighter nur Leistungen, die im Zusammenhang mit der Produktion der Flugzeuge erbracht werden, in Rechnung gestellt werden können, kann das BMLV derzeit ohne Zahlung an die Firma „Eurofighter“ den Vertrag kündigen.

Derzeit funktioniert die Überwachung des österreichischen Luftraums mit geleasten F5. Die jährlichen Kosten dafür betragen 17 Millionen Euro. Die damit vergleichbaren jährlichen Kosten für Finanzierung und Betrieb des Systems „Eurofighter“ betragen rund 300 Millionen Euro.

Wenn man der Meinung ist, dass Österreich zur Wahrung seiner Souveränität in Friedenszeiten den Luftraum militärisch überwachen muss, dann kann das um knapp sechs Prozent der Ausgaben für Eurofighter sichergestellt werden. Es spricht daher alles dafür, die notwendigen Mittel für eine Verbesserung des Bildungssystems durch sofort wirksame Einsparungen in diesem Bereich sicher zu stellen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemäß Teil A Art. 18.2 des Eurofighter-Kaufvertrags den Ankauf der Eurofighter-Luftraumüberwachungsflugzeuge zu stornieren und die dafür vorgesehenen, frei werdenden Budgetmittel statt dessen zur Behebung der Bildungsmisere in den Schul- und Universitätsbereich zu investieren.

The image shows several handwritten signatures in black ink, arranged in a roughly triangular pattern. The signatures are highly stylized and cursive, typical of official documents. They appear to be the names of the members of the Nationalrat who have signed the motion.